

Kritikos, Alexander

Article

Griechenland braucht einen Marshallplan

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Kritikos, Alexander (2012) : Griechenland braucht einen Marshallplan, DIW Wochenbericht, ISSN 0012-1304, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 79, Iss. 5, pp. 28-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/58108>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Prof. Dr. Alexander Kritikos ist Forschungsdirektor am DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Griechenland braucht einen Marshallplan

Griechenland liegt wirtschaftlich am Boden. Es musste über die letzten drei Jahre hinweg einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von insgesamt fast 15 Prozent aushalten. Auf vielen Märkten rührt sich, wie man im Griechischen sagt, kein Blatt. Ein Ende der Abwärtsspirale ist nicht absehbar. Und die Troika aus Europäischer Union, IWF und Europäischer Zentralbank fordert ungeduldig immer weitere Einsparungen, um das Staatsdefizit zurückzufahren. So berechtigt diese Forderungen sein mögen, sie werden nicht dazu führen, dass sich die griechische Wirtschaft quasi von alleine erholen wird.

Griechenlands Mitgliedschaft im Euro mag zu der Auffassung verleiten, das Land sei eine innovationsgetriebene Ökonomie wie Deutschland, Frankreich oder Finnland – siehe etwa die entsprechende Zuordnung durch den Global Entrepreneurship Monitor. Griechenlands Wirtschaft ist alles andere als innovationsgetrieben. Treffender wäre die Bezeichnung Transformationsland. Im Vergleich zu anderen Transformationsstaaten wie den ehemaligen Ostblockländern findet man in Griechenland jedoch nicht veraltete und ineffiziente Industriestrukturen vor, sondern fast keine. Und anstatt des Übergangs von Plan- in Marktwirtschaft gilt es, den Übergang von geschlossenen auf offene Märkte zu organisieren. Die Tatsache, dass der Transformationsbedarf der griechischen Wirtschaftsstruktur nicht so offensichtlich zu Tage tritt wie in Osteuropa, macht es wohl umso schwieriger für die handelnden Akteure in der Troika und im Land selbst, diesen Umstand anzuerkennen.

Welche Konsequenzen lassen sich aus der Zustandsbeschreibung ableiten: Da aus dem Land selbst heraus derzeit keine Investitionen in moderne Infra- und Produktionsstrukturen zu erwarten sind, braucht Griechenland – verkürzt gesagt – einen Marshallplan. Die EU wird Investitionsmittel zur Entwicklung einer neuen Wachstumsstrategie für das Land bereitstellen müssen. Zusätzlich gilt es eine schlüssige Innovationspolitik und ein funktionierendes Innovationssystem zu gestalten. Die Ansiedlung und der Ausbau zukunftsträchtiger Industrien etwa in den Bereichen Energie oder Gesundheit und entsprechender Forschungseinrichtungen muss mit anreizkompatiblen Arbeitsbedingungen in größeren Betrieben einhergehen. Hier ist die griechische Politik in der Pflicht, vom Ministerpräsidenten bis zum letzten Bürgermeister. Denn es ist auch völlig klar: Dieses Mal muss sichergestellt werden, dass solche Finanzmittel tatsächlich für Investitionen verwendet und nicht in den privaten Konsum umgeleitet werden.

Bleibt eine durch die EU finanzierte – und streng überwachte – glaubwürdige Wachstumspolitik auf der einen und ein Mentalitätswechsel der griechischen Politik auf der anderen Seite aus, und beides wird viel Zeit beanspruchen, dürften die aktuellen Reformversuche in Griechenland zum Scheitern verurteilt sein.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
79. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spiels
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Nicole Walter

Redaktion

Renate Bogdanovic
Miriam Hautf
Dr. Richard Ochmann
Dr. WolfPeter Schill
Lana Stille

Lektorat

Prof. Dr. Martin Gornig
Dr. Alexander Schiersch

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Stabsabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.